



„Die Demokratie stirbt aus dem Lokalen heraus“

Soziale Orte als Kultur der Resilienz in vulnerablen Zeiten

Zerbricht unsere Gesellschaft? Geht der gesellschaftliche Zusammenhalt in Krisenzeiten verloren? Welchen Beitrag kann die Zivilgesellschaft leisten? Berthold Vogel ist Professor für Soziologie und forscht zu diesen Fragen. Er ist einer der Sprecher des Forschungsinstituts Gesellschaftlicher Zusammenhalt (FGZ). Im Interview mit Amosinternational spricht er über die Aufgaben des FGZ, erste Forschungsergebnisse und reflektiert die Frage, warum die Sozialethik nicht Teil des Forschungsteams ist. Darüber hinaus geht er auf die Bedeutung der „Sozialen Orte“ im Lokalen ein, spricht über Teilhabe und Vielfalt und erklärt, warum Einsamkeit Nährboden für Ressentiments sein kann.



Berthold Vogel

Amosinternational: Klimakrise, Pandemie, Krieg, Digitalisierung, Hass im Netz. In den Medien wird die Zerklüftung der Gesellschaft beschworen. Zerbricht unsere Gesellschaft wirklich oder ist es nicht vielmehr eine Extremisierung der Ränder, die dies vortäuscht?

Berthold Vogel: Ich denke nicht, dass unsere Gesellschaft in sozialer Hinsicht zerbricht. Doch in politischer Hinsicht erleben wir schon eine wachsende Polarisierung. Da ist der Ton in den vergangenen Jahren erheblich schärfer und die Auseinandersetzungen feindlicher geworden. Darin spiegelt sich auch der Krisenstress. Seit 2020 mit der Pandemie und auch schon in den Jahren zuvor sind wir als Gesellschaft mit einer Reihe von Krisen konfrontiert. Corona hat zwar Solidaritätspotenziale, gleichzeitig aber auch gnadenlos die

Verwundbarkeiten, Ungleichheiten und Bruchlinien unserer Gesellschaft sichtbar gemacht. Es folgten Energiekrise, Inflation und Krieg in Europa – Krisen, die unsere Gesellschaft extrem herausfordern. Hinzu kommen Defizite in der Infrastruktur und vielerorts der Mangel an öffentlichen Gütern. Dadurch gerät der Zusammenhalt in der Gesellschaft unter Druck.

Das Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt (FGZ) wurde im Juni 2020 gegründet und hat das Ziel, den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu erforschen. Sie sind Teil des Institutsrats, dem zentralen Entscheidungsorgan. Wie kam es zur Gründung dieses Instituts?

Das Bundesforschungsministerium hat mit der Gründung des Instituts auf die angesprochenen Fragen reagiert. Insbesondere die Herausforderung durch

Migration und Klimawandel waren Impulse, sich das Thema Zusammenhalt wissenschaftlich genauer anzuschauen. Das FGZ selbst geht aus einer wettbewerblichen Ausschreibung hervor. Zahlreiche Institutionen, Einrichtungen und Universitäten haben sich beworben; elf davon wurden ausgewählt, u. a. auch das SOFI Göttingen. Wir hatten uns damals mit der Fragestellung beworben: Wie beeinflusst die Veränderung von Arbeit den Zusammenhalt in der Gesellschaft – Stichwort Digitalisierung – und wie wichtig sind öffentliche Güter, also Bildungseinrichtungen, das Gesundheitssystem, aber auch technische Infrastruktur wie zum Beispiel Energieversorgung für den Zusammenhalt?

Herausgekommen ist mit dem FGZ eine sehr interdisziplinäre Einrichtung. Neben Soziologie sind Psychologie,



Politikwissenschaften, Geschichte, Kultur- und Rechtswissenschaften vertreten. Wir sind ein Institut „in progress“. Wir müssen eine gemeinsame Sprache und Definition von gesellschaftlichem Zusammenhalt finden. Die Blickwinkel sind dabei sehr unterschiedlich.

Wie sieht die konkrete Arbeit dort aus? Welche Definitionen von gesellschaftlichem Zusammenhalt gibt es und wie wird dieser erforscht?

Zunächst sehe ich die unterschiedlichen Blickwinkel als Stärke des Instituts. Es wäre ein Fehler, nach Vereinheitlichung zu streben. Die verschiedenen Perspektiven auf das Thema und den Begriff Zusammenhalt sind wertvoll: Manche stehen ihm sehr skeptisch gegenüber. Wir von Göttinger Seite gehen damit etwas offensiver und positiver um. Für mich ist Zusammenhalt ein Ausdruck der Verwirklichung eines „3G-Prinzips“: Es geht um Fragen der Gerechtigkeit, der gleichwertigen Lebensverhältnisse und des Gemeinwohls als normative Ziele gesellschaftlicher Entwicklung. Dass Zusammenhalt etwas Normatives hat, liegt im Wesen

 Im FGZ gibt es keine Standarddefinition von gesellschaftlichem Zusammenhalt – das halte ich für eine Stärke

des Begriffs. Gleichzeitig hat er immer auch eine institutionelle und rechtliche Grundlage. In Göttingen denken wir deshalb sehr stark von den Institutionen und den Akteurinnen und Akteuren her, die den Zusammenhalt tragen. Zusammenhalt wird gesellschaftlich hergestellt und erarbeitet. Insofern haben wir einen sehr praktischen Zugang zu diesem Begriff, während die Kulturwissenschaften gesellschaftliche Narrative und Diskurse über Zusammenhalt betrachten oder die Psychologie Messinstrumentarien anlegt. Eine Standarddefinition gibt es nicht. Dieses Potenzial an Pluralität wollen wir

nutzen – auch wenn es von Seiten der Politik den Wunsch nach mehr Eindeutigkeit gibt.

Durch diese Pluralität sind standort- und disziplinübergreifend viele interessante Verbindungen entstanden, auch für uns in Göttingen. Zudem sind wir als Standort an der Erstellung von drei großen Datensätzen beteiligt: ein Zusammenhalts-Panel, ein Regionalpanel und ein Haushaltspanel. Dadurch erheben wir quantitativ, qualitativ und regional Daten zu dem Thema.

Wozu kann diese Forschung beitragen? Welche Ergebnisse gibt es bereits?

Ein Ergebnis ist die Erkenntnis, wie wichtig die lokalen Zusammenhänge für den gesellschaftlichen Zusammenhalt sind: Was funktioniert vor Ort und was nicht? Werden die Infrastruktur und die Gestaltung des lokalen Lebens vor Ort den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger gerecht? Es geht dabei um konkrete Alltags-Fragen. Wie steht es um die Unterrichtsversorgung vor Ort, gibt es Nahverkehrsangebote, wie sieht die Betreuung in der Altenpflege aus? Aber auch: Gibt es kulturelle Angebote und Orte, an denen man gern gemeinsam mit anderen die Zeit verbringt? Für das Erleben von Gesellschaft sind das zentrale Fragen.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist, dass es in den gesellschaftlichen Gruppen und Milieus sowie Lebenssituationen sehr unterschiedliche Erwartungen und Assoziationen gibt, was Zusammenhalt bedeutet. Für viele spielt soziale Sicherheit eine ganz große Rolle, gerade mit Blick auf die derzeitige wirtschaftliche Situation und damit verbundene Abstiegsängste. Für andere zählen viel stärker die normative Seite des Zusammenhalts und die Kriterien der Gestaltung des guten Zusammenlebens. Wichtig für die Frage nach dem Zusammenhalt ist darüber hinaus auch die Relevanz wohlfahrtsstaatlicher Leistungen: Wie ist das Verhältnis von Staat und Bürger? Gelingt es dem Staat, resiliente öffentliche Infrastrukturen zu schaffen? Wie sicher

ist der Wohlfahrtsstaat? Also ganz klassische sozialstaatliche Fragen, die dabei eine Rolle spielen.

Ein dritter relevanter Punkt ist die Veränderung der Erwerbsarbeit. Seit der Pandemie sind sehr viele Arbeitszusammenhänge unverbindlicher geworden. Homeoffice und Remote Work spielen hierbei eine wichtige Rolle. Die Art und Weise des betrieblichen Zusammenwirkens und die Fragen von Kollegialität, Loyalität und Solidarität sind sehr wichtige Themen, wenn wir über die Qualität des Arbeitslebens sprechen. Hinzu kommen Sorgen hinsichtlich der Folgen von Künstlicher Intelligenz und Digitalisierung. Welche Fliehkräfte entstehen hier? Arbeit ist ein wichtiger sozialer Ort in der Gesellschaft und Ort der Gemeinschaftsbildung.

Gerechtigkeit, gleichwertige Lebensverhältnisse und Gemeinwohl sind auch Themen, mit denen sich die christliche Sozialethik beschäftigt. Warum ist diese Disziplin an der Arbeit des FGZ überhaupt nicht beteiligt, obgleich ‚gesellschaftlicher Zusammenhalt‘ auch ein normativ relevantes Konzept ist?

Das ist eine sehr berechtigte Frage. Ich hätte die Kolleginnen und Kollegen aus der Sozialethik gerne mit dabei. Die Entscheidung kam durch das Gutachtergremium zustande, die Sozialethik nicht in das FGZ mit einzubinden. Ich finde es sehr bedauerlich, da die Sozialethik eine ganze Menge zum gesellschaftlichen Zusammenhalt zu sagen hat – insbesondere zu den Themen Solidarität und Subsidiarität als Baugesetze der Gesellschaft. Ich habe mich von meiner Seite aus sehr dafür engagiert, zumindest im Praxisrat des FGZ mit Peter Klasvogt eine katholische Stimme präsent zu haben.

Gesellschaftliche Debatten über Sachthemen werden oft als polarisierende Kultur- (und Identitäts-) kämpfe ausgetragen. Wie kann die Diskussion zurück auf die Sachebene gehoben werden?



Das ist schwierig. Ich habe mit zwei Kollegen ein kleines Buch zum Thema Einsamkeit veröffentlicht, in dem es um die Frage geht, was man gegen Ressentiments tun kann. Meiner Meinung nach würde in der politischen Auseinandersetzung manchmal etwas mehr Humor helfen. Derzeit wird mit großer calvinistischer Strenge über viele Themen gestritten, was durchaus auch dem Ernst der Lage entspricht. Aber durch die Stärke der autoritären



In der politischen Auseinandersetzung würde manchmal etwas mehr Humor helfen

Parteien AfD und BSW gibt es eine Verhärtung und einen sehr rauen und polemischen Ton, der wenig sachorientiert ist und eher der Denunziation des politischen Gegners dient. Auch in der Klimadebatte um den Umgang mit den Klimaklebern wurde sehr stark in Konfrontationen gedacht. Es macht etwas mit dem Zusammenhalt in der Gesellschaft, wenn wir stark emotionalisierte Themen haben, bei denen es im Ton um Leben oder Tod, um absolut richtig oder absolut falsch geht. Das Wesen der Demokratie besteht jedoch darin, dass man Kompromisse findet, auch wenn diese Zeit brauchen und wir in Klimafragen diese Zeit eigentlich gar nicht mehr haben. Andererseits ist das die Qualität und der Preis der Demokratie. Daher plädiere ich für eine Kultur von Kompromissfindung, Konsens und Kooperation. Viele Menschen sitzen allein vor dem Rechner und äußern ihren gesamten Welthass in wenigen Zeilen auf Sozialen Medien. In direkter Ansprache würden sie sich vermutlich anders verhalten. Deshalb ist es wichtig, dass Menschen analog miteinander ins Gespräch kommen.

Es ist in Deutschland zunehmend ein aus den USA kommender Trend der strategischen Klageführung festzustellen, um politische Auseinandersetzungen aus den Parlamenten in die Gerichte zu verlagern.

Sehen Sie in dieser Verrechtlichung eine Gefahr im Sinn der Entdemokratisierung (Philip Manow), da Richter:innen nicht vom Volk gewählt sind?

Entdemokratisierung ist ein großes Wort. Die Justiz gehört in eine Gewaltenteilung natürlich dazu. Auf der anderen Seite sehe ich schon das Problem einer Verantwortungsverschiebung. Wir wählen Parlamente, und die übertragen dann Entscheidungen auf die Gerichte, auf die Judikative. Das kann nicht im Sinn der Legislative sein. Die Politik beruft sich gern auf rechtliche Entscheidungen und Vorgaben, zum Beispiel bei der Debatte um die Schuldenbremse. Zudem liest jeder in rechtliche Entscheidungen hinein, was ihm politisch zupasskommt. Bürgerinnen und Bürger finden diese Verantwortungsdelegation von Seiten der Politik nicht gut. Sie erwarten von Politikerinnen und Politikern auch das Treffen unpopulärer Entscheidungen und die Übernahme von Verantwortung dafür.

Der Ruf nach gesellschaftlichem Zusammenhalt wird besonders in Krisenzeiten laut, zum Beispiel in Bezug auf den Klimawandel. Zerklüfteten Maßnahmen zur Eindämmung des Klimawandels die Gesellschaft oder ist es nicht eher eine Gefahr für den gesellschaftlichen Zusammenhalt, die Folgen nun häufig auftretender Extremwetterereignisse zu managen?

Für die Klimapolitik ist auch die Frage nach den eben genannten „3G“ relevant: Sie muss 1. gerecht sein, indem sie den Bedürfnissen der Menschen gerecht wird. Klimafragen sind Gerechtigkeitsfragen und man kann klimapolitisch nicht die unterschiedlichen sozialen Interessen außer Acht lassen. Sie muss 2. gleichwertig sein. Gerade im ländlichen Raum entscheidet sich, ob und wie die Energiewende gelingt. In zahlreichen Untersuchungen sehen wir, dass viele Menschen im ländlichen Raum den Eindruck haben, die Klimapolitik sei eine möglicherweise gute Idee urbaner Eliten, die sie ausbaden müssen: Sie bekommen die Windräder vor die Haustür gestellt und die

Photovoltaikanlagen aufs Feld montiert. Wenn klimapolitische Ziele umgesetzt werden sollen, muss das mit einer Stärkung des ländlichen Raums einhergehen. Man muss die Daseinsvorsorge vor Ort stärken und den Bürgerinnen und Bürgern zeigen, dass sie vom Klimaschutz profitieren und nicht die Leidtragenden sind. Die Frage von sozialem Ausgleich und Gleichwertigkeit ist enorm wichtig. Was bei der Klimapolitik 3. wichtig ist, das ist der Aspekt des Gemeinwohls. Welche Rolle spielen zum Beispiel Bürger-Energie-Genossenschaften und Bürgerbündnisse vor Ort? Wie gelingt es, einen relativ breiten Konsens darüber herzustellen, dass Klimaziele gesellschaftliche Ziele sind und das Engagement für Klimaschutz eine lohnende Investition ist?

Das Paradoxe ist: Um klimapolitisch erfolgreich zu sein, brauchen wir den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Gleichzeitig gibt es zurzeit wohl kaum ein Thema, dass die Gesellschaft mehr spaltet. Ich plädiere für eine Art Klimasozialpolitik, bei der die ökologische und die soziale Frage zusammengedacht werden! Umweltpolitik und Sozialpolitik können nicht getrennt voneinander stehen. Wir werden nur eine gute Klimapolitik – verbunden mit Umweltschutz und Artenschutz – hinkommen, wenn wir die Arbeitswelt verändern und dies sozial flankieren; wir werden nur dann die Grundlagen schaffen, weiter gut arbeiten und sozial sicher leben zu können, wenn wir die Umwelt schützen und die Artenvielfalt bewahren. Die Verwiesenheit von Umwelt und Sozialem ist evident. Dennoch behandeln wir die Umweltfrage und die soziale Frage seit jeher nebeneinander, wenn nicht sogar gegeneinander. Zum Beispiel vertreten rechts- wie linksautoritäre Parteien eine sozialpolitische Linie gegen Umweltpolitik. Dadurch werden wechselseitig Frontstellungen konstruiert, die nicht der Sache dienen. Bei Fridays for Future empfand ich es als großes Defizit, dass man am Anfang die soziale Frage überhaupt nicht thematisiert und

auch nicht berücksichtigt hat, dass Klimafragen in unterschiedlichen sozialen Kreisen ganz andere Konsequenzen haben: Wer kann sich bestimmte Dinge leisten? Wer nicht? Wer profitiert davon? Wer muss Einschränkungen in Kauf nehmen? Diese konkreten gesellschaftlichen Fragen gehören unbedingt mit in die Klimapolitik. Wir stehen eigentlich erst am Anfang der Debatten, die notwendig sind.

Sowohl bei der Politik der Umverteilung (Nancy Fraser) als auch bei der Politik der Anerkennung (Axel Honneth) geht es darum, Menschen gleichberechtigt in soziale und politische Prozesse einzubinden. Was kann getan werden, um beide Anliegen nicht gegeneinander auszuspielen? Wie kann es gelingen, dass sich Vielfalt und Zusammenhalt nicht gegenseitig ausschließen?

Zusammenhalt erfordert Vielfalt und Zusammenhalt als Grundstein von demokratischer Öffentlichkeit fördert Vielfalt. Es ist doch gerade die Qualität einer pluralen, offenen, demokratischen Gesellschaft, dass aus Vielfalt Zusammenhalt entsteht. Zusammenhalt ist nicht die wechselseitige Abschottung von Gruppen. In dem Zusammenhang lege ich sehr viel Wert auf den Begriff der Öffentlichkeit. Zusammenhalt hat sehr viel mit der Kon-

 Um klimapolitisch erfolgreich zu sein, brauchen wir den gesellschaftlichen Zusammenhalt – gleichzeitig gibt es zurzeit wohl kaum ein Thema, das die Gesellschaft mehr spaltet

stitution von Öffentlichkeit zu tun und insofern auch mit dem Respekt vor Vielfalt. Denn Öffentlichkeit bedeutet immer, dass sich unterschiedliche Menschen unterschiedlicher Herkunft, Werthaltungen und Ansichten überhaupt erst begegnen können. Das Problem unserer Gesellschaft ist, dass wir mittlerweile viel zu wenige dieser öffentlichen Räume haben. Vieles wird in

den digitalen Bereich verlagert, wo es nicht um den Blick auf die Vielfalt der Gesellschaft geht, sondern vielmehr darum, sich seine eigene Weltsicht bestätigen zu lassen.

Diversität und Zusammenhalt gehören für mich unbedingt zusammen. Wir leben in einer Gesellschaft, die uns bei allen Problemen, die wir haben, auch privilegiert: Wir leben in einer freien Gesellschaft, wir haben die Möglichkeit, unsere Meinung zu äußern, wir können eigene Lebenskonzepte entwickeln. Das alles sind Privilegien, die nicht alle Menschen auf diesem Planeten haben und auch historisch nicht hatten. Insofern ist der Vielfaltsgedanke wichtig für eine Zusammenhaltspolitik.

Viele sagen, Zusammenhalt sei viel zu repressiv. Er dränge Leute zusammen und habe einen Exklusionscharakter durch den Ausschluss bestimmter Personen. Dem widerspreche ich, denn Zusammenhalt in einer Gesellschaft bedeutet, die Voraussetzungen für die Förderung von Vielfalt und Öffentlichkeit zu schaffen. Dennoch sollte ein gesellschaftlicher Grundkonsens da sein, indem wir Werte teilen und gemeinsam Interesse daran haben, die Gesellschaft weiterzuentwickeln.

Soziale Isolation und Einsamkeit bereiten den Nährboden für Ressentiments. So lautet die These eines u. a. von Ihnen im vergangenen Jahr herausgegebenen Buches. Können Sie den Gedanken näher ausführen?

Im ländlichen Raum ist das Thema Einsamkeit sehr präsent. Der Leerstand ist vielerorts nur das äußere Zeichen. Realität ist der demografische Verlust. Die Jungen gehen, die Alten bleiben zurück, die Enkel sind bestenfalls mal in den Sommerferien zu Besuch. Einsamkeit ist aber nicht nur ein persönliches Problem oder Schicksal, sondern eine soziale Frage. Und Einsamkeit ist nicht nur eine Herausforderung sich entleerer ländlicher Räume und älterer Menschen. Auch viele junge Menschen sprechen das Thema Einsam-

keit als ein Problem der Isolation und auch der sozialen Perspektivlosigkeit an. Sie sind teilweise „gefangen“ in den Sozialen Medien und werden dadurch in ihrer Selbstwahrnehmung geradezu aufgesaugt. Mein Gegenüber ist Tiktok oder Instagram und deren Botschaften und Bildwelten. Es gibt Initiativen für ein Social-Media-Verbot für Jugendliche unter 16 – da ist eine ganze Menge dran und man sollte in der Politik endlich auch mal den Mut haben, hier Grenzen zu ziehen. Auch bei Alkohol und Zigaretten setzen wir doch aus sehr sinnvollen Gründen bestimmte Grenzen. Mit dem Konsum Sozialer Medien gehen wir vergleichsweise leichtfertig um. Da könne man nichts mehr machen, jede und jeder habe heute ein Handy. Was ist das für ein Argument?

Hinzuzufügen ist, dass nicht jeder, der einsam ist, voller Ressentiments steckt. Aber wenn ich allein bin und keine Resonanz und kein Korrektiv mehr habe, neige ich zu radikaleren politischen Ansichten, favorisiere eher autoritäre Lösungen, empfinde meine Umwelt oftmals als gegen mich gerichtet. Es ist was anderes, ob ich alleine vor meinem Computer sitze oder ob ich abends in der Kneipe, in meinem Sportverein oder meiner Kirchengruppe diskutiere, da ich dort das Korrektiv und die Gemeinschaft habe. Einsamkeit in ihrer negativen Variante als soziale Isolation führt dazu, dass bestimmte Grundvoraussetzungen, miteinander klarzukommen in der Gesellschaft, aufeinander zuzugehen, miteinander zu kommunizieren, deutlich verkümmern.

Einsamkeit als soziale Isolationserfahrung und Einsamkeit als das Erleben von Perspektivlosigkeit provoziert negative soziale Emotionen. Die dadurch entstehenden Ressentiments können die Demokratie gefährden. Die Neigung, bestimmte Parteien zu wählen, korreliert nach Studienlage ganz offensichtlich mit dem Gefühl der Einsamkeit. Radikale und autoritäre politische Parteien und Gruppierungen ho-

len die Menschen in ihrer Einsamkeit ab, geben ihnen das Gefühl, dass sie ihre Sorgen kennen. Das ist eine politische Herausforderung, die uns Anlass zur Sorge geben sollte. Wir wollten in der Publikation nicht vermitteln: „Wer einsam ist, wählt Afd.“ Aber dennoch ist Einsamkeit eine Erfahrung, die einen selbst von der Gesellschaft entfremden kann. Und wenn das für einen wachsenden Teil der Bevölkerung zutrifft, ist das eine Herausforderung. Die Gegenrede im persönlichen Austausch als wichtige Korrektivfunktion geht verloren. Soziale Kommunikation ist immer eine Mischung aus Wertschätzung und Infragestellung der eigenen Position. Wenn ich im Netz nur noch Bestätigung finde, ohne dass mir mal jemand sagt „Hier hast du dich aber verrannt“, legt dies die Grundlage für Radikalisierung. Gerade junge Menschen teilen das Gefühl, keinen Ansprechpartner zu haben und verlagern ihre Fragen ins Netz.



Die durch Einsamkeit entstehenden Ressentiments können die Demokratie gefährden

Bei alledem dürfen wir schließlich die strukturellen Faktoren nicht übersehen, die zu Einsamkeit führen und dafür sorgen, dass die Teilhabe am sozialen Leben eingeschränkt ist. Dazu gehören Armut, Erkrankung oder der Verlust von Arbeit. Einsamkeit ist also nicht bloß ein freischwebendes Gefühl. Sie ist insgesamt ein Zeichen dafür, dass wir heute in anderer Weise leben und arbeiten. Beispielsweise gibt es sehr viel mehr Single-Haushalte, viele Menschen arbeiten im Homeoffice, es gibt mehr punktuelle Projektarbeit. Auch die Veränderung von familiärem Leben ist ein wichtiger Faktor. Klar, die Familie kann etwas sehr Begrenzendes und Beengendes haben, aber auch einen wunderbaren Schutzraum bilden, der Sicherheit bietet und Empathie ermöglicht. Wenn diese Räume schrumpfen, dann bleibt das nicht

ohne Folgen für das gesellschaftliche Zusammenleben.

Was sind die normativen Grundlagen unseres Miteinanders? Lässt sich eine Gemeinschaft auf Solidarität aufbauen? Oder reicht Zusammenhalt?

Ich assoziiere Solidarität stärker mit Gemeinschaften, insofern sind Solidaritätserfahrungen für mich exklusiver. In der Regel richtet sich Solidarität für oder gegen etwas. Es geht darum, Interessen durchzusetzen und bestimmte Dinge zu verhindern. Dadurch entsteht ein inklusiver, gemeinschaftsfördernder Aspekt, der dazu beiträgt, einen bestimmten gesellschaftlichen Konflikt mit und gegen andere durchzustehen. Zusammenhalt hingegen ist für mich ein offener Begriff, der im Grunde genommen nur darauf verweist, dass wir in einer demokratischen und freien, auch individualistisch geprägten Gesellschaft gemeinsame Räume und Öffentlichkeiten brauchen, um uns als Gesellschaft wechselseitig wahrzunehmen. Wenn in meinem lokalen Umfeld alle öffentlichen Räume verschwinden, in denen ich mitbekommen kann, wer sonst noch vor Ort wohnt, seien es Schule, Sparkasse oder Hausarztpraxis, beschädigt das den gesellschaftlichen Zusammenhalt, hat aber nicht unbedingt einen Effekt auf die Solidarität. Beide Begriffe gilt es deutlich zu unterscheiden. Solidarität bezieht sich auf die Konstitution von Gemeinschaften, Zusammenhalt auf die Konstitution nicht abgeschlossener Öffentlichkeiten, in denen ich mehr oder weniger voraussetzungslos und niedrigschwellig anderen Menschen begegnen kann. Diese Verluste von Öffentlichkeiten, von lokalen Infrastrukturen, kulturellen und sozialen Einrichtungen, haben wir in unserer Forschung an vielen Orten gesehen, in Ost- und Westdeutschland, aber auch in anderen europäischen Ländern, extrem in Bulgarien oder in Teilen Tschechiens, aber auch in wohlhabenden Regionen der Schweiz. Diese Verluste werden von den Menschen vor Ort sehr genau ge-

sehen und sie lassen in jungen und alten Demokratien das Vertrauen in die öffentlichen Strukturen schwinden.

Welchen Beitrag kann die Zivilgesellschaft zum gesellschaftlichen Zusammenhalt leisten? Welche Rolle kommt den Kirchen in diesem Zusammenhang zu?

Die Zivilgesellschaft ist sehr zentral. Es kommt allerdings auch sehr stark darauf an, ob es an ihrer Seite lokale Unternehmen und eine aktive Verwaltung vor Ort gibt. Gibt es Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, die sich für die Interessen der Bürgerinnen und Bürger stark machen und die die Kompetenz haben, bestimmte Prozesse zu unterstützen, Fördermittel einzuwerben etc.? Auf das Dreieck aus Zivilgesellschaft, öffentlicher Verwaltung und lokaler Wirtschaft kommt es an. Wenn diese drei Akteure zusammenkommen, entstehen in der Regel stabile „Soziale Orte“. Ich traue der Zivilgesellschaft allein auch einiges zu, aber es kann leider auch in eine für das demokratische Miteinander schwierige Richtung gehen, beispielsweise, wenn nach dem Rückzug öffentlichen Engagements Reichsbürger und Neonazis soziale Aufgaben vor Ort übernehmen. Zivilgesellschaft ist nicht die Lösung aller Probleme; es können sich sehr unterschiedliche Interessen dahinter verbergen. Eine demokratisch legitimierte Rahmensetzung ist daher wichtig. Daher ist eine präzise und stabile lokale Verwaltung, die rechts- und sozialstaatlichen Prinzipien sowie dem Gedanken des Gemeinwohls folgt, so wichtig. Die Kirche spielt in dem Kontext eine ganz zentrale Rolle. Sie hat die besondere Chance, viele Standorte und Immobilien zu haben, die sie für bestimmte Strukturen nutzen kann. Viele Leute gehen nicht unbedingt in die Messe am Sonntag, aber nehmen sehr gern Angebote der Caritas und Diakonie in Anspruch, die als christliche Wohlfahrtsverbände eine wichtige Rolle für den Zusammenhalt vor Ort spielen. Generell ist die Präsenz öffentlicher Einrichtungen vor Ort wichtig,



auch für die demokratische Stabilität einer Gesellschaft. Plakativ gesagt: Die Demokratie stirbt aus dem Lokalen heraus. Wenn die lokalen Strukturen zugrunde gehen, wir keine Bürgermeister aus der demokratischen Mitte der Parteien mehr finden, wenn sich Kirche, Gewerkschaften und öffentliche Ein-



Wenn die lokalen Strukturen zugrunde gehen, sich Kirche, Gewerkschaften und öffentliche Einrichtungen zurückziehen, beginnt Demokratie zu sterben

richtungen zurückziehen, beginnt Demokratie zu sterben. Bestimmte Akteure sind dann nicht mehr vor Ort, die sprachfähig sind und ihre Stimme erheben können, seien es Pastoren, Lehrkräfte oder Ärzte. Die Bedrohung und der Verfall demokratischer Institutionen startet nicht in Berlin, sondern in den Kommunen. Das muss klar sein, wenn wir die Kommunen finanziell ausbluten lassen. Denn der Ankerpunkt einer freien und am Gemeinwohl orientierten Gesellschaft liegt im Lokalen.

Wie können Soziale Orte unterschiedliche gesellschaftliche Milieus zusammenbringen?

Soziale Orte sind in der Regel das Ergebnis einer Kooperation von Verschiedenen. Sie sind keine Vereine von Gleichgesinnten, sondern können auch Orte des geregelten und produktiven Konflikts sein. Ein Erfolgsgeheimnis ist das von mir vorhin beschriebene Dreieck aus Zivilgesellschaft, lokalen Unternehmen und öffentlicher Verwaltung. Es geht nicht darum, dass eine Gruppe sich gegen andere siegreich durchsetzt, sondern dass versucht wird, eine breite Basis zu finden und niedrigschwellig zu sein. Es geht darum, das soziale Klima vor Ort von Konfrontation oder Gleichgültigkeit in Kooperation zu verändern.

Sie nennen diese Orte „neue Kultur der Resilienz in vulnerablen Zeiten“. Wie kann die Entstehung solcher Sozialer Orte unterstützt werden? Wie kann verhindert werden, dass dort gesellschaftliche Blasen entstehen?

Soziale Orte sollten keine Kirchturmpolitik betreiben. Es ist wichtig, dass sie sich öffnen und den Wert von Menschen erkennen, die neu dazukommen – gerade im ländlichen Raum. Die Dazugezogenen tun dem Ort häufig gut, da sie neue Ideen und einen

ZUM GESPRÄCHSPARTNER

Berthold Vogel, geb. 1963, Dr., Professor für Soziologie und Geschäftsführender Direktor des Soziologischen Forschungsinstituts Göttingen (SOFI) an der Georg-August-Universität. Sprecher des Standorts Göttingen im Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt (FGZ). Forschungsschwerpunkte: Soziologie des Zusammenhalts, der öffentlichen Güter und der sozial-ökologischen Transformation. Publikationen: *Einsamkeit und Ressentiment*. Hamburg: Hamburger Edition (2024) (zus. mit Jens Kersten und Claudia Neu); *Das Soziale-Orte-Konzept. Zusammenhalt in einer vulnerablen Gesellschaft*, Transkript, Bielefeld (2022) (zus. mit Jens Kersten und Claudia Neu); *Klimapolitik geht nur sozial!* In: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, H. 9/2023, 17–20.

anderen Blickwinkel mitbringen. Auch die Rückkehrerinnen und Rückkehrer, die vielleicht Jahre zuvor zum Studium in die Stadt oder zur Arbeit in andere Regionen gezogen sind, bringen wertvolle Erfahrungen mit.

*Das Interview führte
Claudia Schwarz, Münster*

